



# Bündnis gegen Rotstift

Konferenz

Gemeinsam: für eine bedarfsgerechte Bildungs- und  
Sozialpolitik

Hamburg, 10.04.2014

Jens Stappenbeck  
Arbeitsgemeinschaft der Freien  
Wohlfahrtspflege Hamburg e.V.

# Armut in Hamburg?

Presseerklärung des Senats vom 28.01.14

## **„Bildung und Qualifikation sind die Schlüssel zur Vermeidung von Armut“**

- Der überwiegende Teil der Hamburger Bevölkerung kann an Bildung und Arbeit teilhaben
- 83% der Eltern in Hamburg verfügen über mittlere bis gehobene Einkommen
- Das Einkommen von Familien ist gestiegen
- Bei Alleierziehenden stieg das Durchschnittseinkommen

# Die Armut in Hamburg

- Ende 2012 lebten 224 486 Hamburgerinnen und Hamburger ganz oder teilweise von staatlichen Sozialleistungen.
- 12,4 % der EinwohnerInnen erhielten Arbeitslosengeld II (Hartz IV), Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt.
- Billbrook 29,2 %
- Veddel 28,0 %
- Wilhelmsburg 26,6 %
- Billstedt 26,4 %

# Kinderarmut

- Im Januar 2013 lebten in Hamburg ca. 48.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren die auf SGB II Leistungen angewiesen waren, dies entspricht 21%
- Steilshoop 49 %
- Billstedt 48 %
- Dulsberg 47 %
- Jenfeld 46 %
- Wilhelmsburg 46 %
- Veddel 45 %



# Handlungsoptionen Kinderarmut

Chancen auf soziale Teilhabe verbessern

- Erhöhung der Regelsätze
- Ermäßigter oder kostenfreier Zugang zu:
  - ÖPNV
  - Schwimmbädern
  - Sportstätten
  - Musikvereinen
  - Theatern
  - usw.
- Bessere Schulkonzepte, kostenlose Nachhilfe, vollständige Lehrmittelfreiheit
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Eigenständige Kindergrundsicherung
- Unterstützung bei Ämtern und Behörden
- OKIJA-Angebote

# Altersarmut

- Ende 2012 lag die Sozialleistungsquote für die HamburgerInnen von über 65 Jahren bei 6,2%. Sie ist damit die geringste aller Altersgruppen. Allerdings waren 2012 mehr SeniorInnen auf Transferleistungen angewiesen als im Vorjahr. Die Steigerung lag bei 6,8%, dies entspricht 0,3 %-Punkten. Allerdings: Starke Zunahme in den kommenden Jahren.



# Handlungsoptionen Altersarmut

- Erhöhung der Regelsätze
- Freibetrag für private Vorsorgeleistungen bei Anrechnung auf Grundsicherung
- Sicherung eines dauerhaften und verlässlichen Rentenniveaus
- Wiedereinführung der Rentenversicherungsbeiträge bei Bezug von Arbeitslosengeld II
- Angemessene Ausstattung mit Zahnersatz, Brillen, Hörgeräten usw.
- Angemessene Berücksichtigung von älteren ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt
- Sicherung und Ausbau der Angebote der Seniorenarbeit
- Ausbau von Besuchsdiensten
- Aufklärung über Sozialrabatte

# Arbeitslosigkeit

- 8 % aller Beschäftigten in Hamburg, die in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten arbeiten verdienten im Jahr 2010 weniger als 8,50 € pro Stunde
- 19 % der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten waren in Hamburg im Jahr 2010 zu einem Niedriglohn tätig. Das sind rund 118.000 Menschen.
- 21,9 % der Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2010 in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen (einschl. Teilzeit, befristet)
- 2,5 % der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten in Hamburg verdienten 2011 so wenig, dass sie aufstockende Leistungen erhielten (1,5 % im Durchschnitt alte BuLä)



# Handlungsoptionen Arbeitslosigkeit

- Öffentlich finanzierte aktive Arbeitsmarktpolitik
- Konzepte zur Stadtentwicklung und Förderung benachteiligter Quartiere
- Öffentlich geförderte Arbeit muss so vergütet werden, dass eine alleinstehende Person nicht auf ergänzende Leistungen gem. SGB II angewiesen ist



# Wohnarmut

- Mitte 2013 gab es in Hamburg noch ca. 98.000 Sozialwohnungen
  - davon 58.000 mit WA Bindung
  - 40.000 einkommensgebundene Wohnungen
- Im Laufe des Jahres 2014 wird die Zahl auf ca. 85.000 abnehmen.
- 2020 sind noch 61.000 gebundene Wohnungen vorhanden.

# Handlungsoptionen Wohnarmut

- Wohnungswirtschaft stärker auf sozialen Versorgungsauftrag verpflichten (SAGA GWG, als kommunaler Akteur, kommt hier eine besondere Rolle zu)
- Bauherren, die bereit sind für besondere Zielgruppen zu bauen, müssen unterstützt werden
- Bauherren aus dem Kommunalen- und Wohlfahrtsbereich gewinnen

# Lösungsansätze des Senats:

- Bessere Bildung
- Bessere Integration in den Arbeitsmarkt
- Ausbau der Ganztagsbetreuung und der frühkindlichen Bildung

Steigerungsrate Zuwendungen im Haushalt 14/15: 0,0% = 85 Mio. € konstant.

Finanzierung von Tarifsteigerungen: 4,5 Mio. €





Steigerung der Baukosten in 7 Jahren von 77 Mio. € auf 789 Mio. €  
= 1024 % oder 712 Mio. €  
= 101,7 Mio. € p.a.



# Danke für die Aufmerksamkeit!

## Kontakt:

Jens Stappenbeck

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
Hamburg e.V.

Burchardstr. 19

20095 Hamburg

Tel.: 040/231586

Email: [info@agfw-hamburg.de](mailto:info@agfw-hamburg.de)

[www.agfw-hamburg.de](http://www.agfw-hamburg.de)